3. Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.
4. Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zu machen.
5. Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

   In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.
6. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrags.
7. Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.
8. Vor Schluß des Parteitages abreisende Delegirte haben dies dem Bureau anzuzeigen. Die Namen der Betreffenden sind im Protokoll zu vermerken.

Es folgt die Festsetzung der definitiven Tagesordnung für die Verhandlungen des Parteitages. Nach längerer Debatte wurde der vom Parteivorstande vorgeschlagenen provisorischen Tagesordnung nach dem Antrage Solingen beigefügt als Punkt 4: „Anträge zur Organisation", als Punkt 6: „Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie. Berichterstatter: W. Liebknecht." Der Antrag Frohme, der Tagesordnung den Punkt: „Die Sozialdemokratie und der Meineid" einzuverleiben, wird am Schluß einer längeren Debatte vom Antragsteller selber zurückgezogen.

Es folgt die Wahl der Mandats-Prüfungskommission; der Parteitag entscheidet sich für 7 Mitglieder und ernennt nach dem Vorschlage Metzner hierzu die Genossen: Klees-Magdeburg, Leander-Chemnitz, Reißhaus-Erfurt, Antrick-Berlin, Theiß-Hamburg, Meist-Köln und Bamberger-Berlin.

Der Vorsitzende schlägt nunmehr vor, die Sitzungen des Parteitages von 9—1 und von 3—7 Uhr abzuhalten, welchem Vorschlag der Parteitag zustimmt. Am Donnerstag soll keine Nachmittagssitzung stattfinden und dafür die Vormittagssitzung entsprechend ausgedehnt werden. Außerdem ist für den Freitag eine Abendsitzung in Aussicht genommen.

B

Zu Ehren der auswärtigen Genossen veranstalten die Berliner Genossen im Sitzungssaale des Parteitages am Mittwoch den 16. einen Commers, zu welchem die Delegirten eingeladen werden.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Schluß 8½ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Dienstag, den 15. November.

Vormittagssitzung.

Um 9¼ Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen des Parteitages. Als Schriftführer fungiren Hoch, Legien und Schmidt-Berlin.

Vorsitzender Singer: Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, die Vertreter einiger Bruder-Parteien aus dem Auslande unter uns zu sehen. Es sind anwesend als Delegirte der österreichischen Genossen Dr. Adler und Popp; die holländischen Genossen haben den Genossen van Kol mit ihrer Vertretung beauftragt, ferner ist ein Vertreter der schwedischen Genossen anwesend. Ich heiße sie Alle im Namen des Parteitages herzlich willkommen. Außerdem hat der Zentralrath der sozialdemokratischen Partei von Holland in einem Schreiben den Parteitag begrüßt und wünscht ihm den besten Erfolg seiner Arbeit. Die Gas-Workers and General Labor Union von Großbritannien läßt ebenfalls durch ihren Sekretär, den Genossen Thorne, dem Parteitag ihre Sympathiebezeugung aussprechen. Die spanische Partei, vertreten durch das National-Komité in Madrid, hat ebenfalls in einer Adresse ihre Wünsche für den Parteitag hierher gelangen lassen. Die Labor League in London sendet ebenfalls in einer Adresse ihre besten Wünsche für das Gelingen unserer Arbeiten. Auch der internationale Verein von sozialistischen Studenten und der Verein rumänischer sozialistischer Studenten in Paris hat durch den hier anwesenden Delegirten der deutschen Genossen von Paris und London seine Glückwünsche dem Parteitag ausgesprochen. Herausgeber und Redakteure russischer sozialdemokratischer Schriften in der Schweiz übersenden in einem längeren Anschreiben ihre Wünsche und Grüße für den Parteitag. Der Verein der deutschen Sozialisten in Zürich giebt ebenfalls seiner Sympathie für unsere Bestrebungen und Arbeiten Ausdruck. Ferner haben telegraphisch die revolutionären Genossen des neunten Wiener Bezirks dem Parteitage eine Begrüßung gesandt, und aus Deutschland sind theils brieflich, theils telegraphisch bereits eine große Anzahl von Sympathiebezeugungen eingetroffen.

Dr. Adler-Wien: Werthe Parteigenossen! Wir sind beauftragt, im Namen der Sozialdemokratie Oesterreichs Euch hier zu

B

begrüßen. Sie wissen Alle, wie eng verknüpft die Sozialdemokratie Oesterreichs mit Eurer ist und immer war. Dieses Bündniß ist ein viel tieferes und über alle Zweifel viel erhabeneres als jenes, welches unsre Diplomaten abgeschlossen haben. Es liegen zwischen uns auch nicht Ströme Blutes, die erst zu überbrücken wären. Sie haben auch nicht nöthig gehabt, sich zu beklagen, wie das sonst von deutscher Seite geschehen sein soll, nämlich darüber, daß in Oesterreich zu wenig auf Rüstungen verwandt wird. Sie können sicher sein — wie unsre Armee aussieht, weiß ich nicht, — daß die Sozialdemokratie Oesterreichs rüstet und zwar rüstet mit allem Eifer und mit allem Enthusiasmus, zugleich aber vielleicht mit ruhigerer Ueberlegung, als Ihr uns zutrauen werdet. Denn das wissen wir ja wohl, daß die Norddeutschen uns Süddeutsche zwar respektiren und, wie ich hoffe, uns auch lieb haben; aber sie trauen unserm Herzen viel mehr zu als unserm Hirn, und da ist es wohl vollständig am Platze, wenn ich hier berichte, die Arbeiter Oesterreichs sind nicht zu verwechseln mit den österreichischen Spießern. Die Gemüthlichkeit und das Phäakenthum, das von Oesterreich vorausgesetzt wird, ist bei den österreichischen Arbeitern nicht zu finden. Wir haben eine Armee, die sich bewußt ist, was eine Armee nothwendig hat. Die Voraussetzungen für die Gemüthlichkeit sind auch bei den österreichischen Arbeitern nicht wie bei den Bürgern gegeben. Die ersteren leben unter höchst ungemüthlichen Verhältnissen und sind im Begriff, auch selbst höchst ungemüthlich zu werden (Heiterkeit und Beifall). Die ökonomischen Verhältnisse der letzten Zeit, der Ausbruch der Krise, die uns in Oesterreich ebenso tief berührt und in manchen Dingen noch viel tiefer wie Sie hier, hat die Erregung in den Massen so gesteigert, wie man es sich „oben" gar nicht vorstellt, und wir dürfen hoffen, daß auch dieser Niedergang der ökonomischen Verhältnisse für die Aufklärung im sozialdemokratischen Sinne dienstbar gemacht werden wird. Unsre internationalen Beziehungen, Genossen, werden ja immer wieder erneut, und besonders einmal im Jahre treten sie besonders deutlich für alle Welt hervor, das ist am 1. Mai. Für uns in Oesterreich hat der 1. Mai eine besondre Bedeutung, die noch dadurch erhöht wird, daß wir politische Rechte nicht haben, weil Oesterreich politisch zu Asien gehört (Heiterkeit). Aber ich glaube, daß die Feier des 1. Mai heuer eine um so energischere sein muß, weil wir der Welt zeigen müssen, daß der internationale Beschluß in Brüssel nicht blos hingeschrieben worden ist, wie eine Resolution, welche Leute fassen, die nicht wissen, was sie wollen.

Wir sind hier, um von Euch zu lernen; aber wir halten uns auch für verpflichtet zu sagen, welche Beschlüsse Ihr faßt, so energisch sie sein mögen, so viel Kraftaufwand sie fordern, Ihr werdet die Oesterreicher an Eurer Seite finden (Beifall). Die

B

Augen der österreichischen Parteigenossen sind hierher gerichtet; Sie werden noch eine ganze Anzahl begrüßende Zuschriften von uns bekommen. Sie haben wahrscheinlich nicht recht eine Vorstellung davon, wie man allen Vorgängen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich mit um so mehr Interesse entgegensieht, weil wir sehr genau wissen: was bei Euch vorgeht, wird binnen Kurzem auch bei uns geschehen. Nicht nur unsre Regierung macht Eurer Alles nach, sondern dieselben Einflüsse, die sich im deutschen Proletariat geltend machen, wirken natürlich auch in Oesterreich. So haben wir bei uns auch die Schwierigkeit gehabt mit der Bewegung der „Jungen", „Unabhängigen" u. s. w., aber genau so wie bei Euch, ist auch bei uns diese Sache erledigt worden. Obwohl jene Bewegung von der Bourgeoisie gehätschelt wird, obwohl jeder einzelne Unabhängige die gesammte Presse der Bourgeoisie hinter sich hat und für jedes Wort, das er spricht, darin Reklame gemacht wird, existirt die Bewegung nicht mehr. Lassen Sie sich nicht erzählen, daß die Partei in Oesterreich gespalten ist; wir stehen völlig einig da, ebenso wie Sie. (Beifall.)

Und nun wünsche ich Ihren Verhandlungen besten Erfolg und schließe mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. (Redner bringt ein dreifaches Hoch aus, in welches der Parteitag begeistert einstimmt.)

van Kol-Amsterdam: Genossinnen und Genossen! Nachdem Ihnen der Gruß aus Holland mitgetheilt worden ist, muß der Abgeordnete dieses kleinen Landes wohl einen Augenblick das Wort haben. Schweigen wäre mir persönlich angenehmer, aber ich habe eine Pflicht zu erfüllen. Da ich jedoch mich durch mein Gefühl nicht hinreißen lassen darf und auch seit längerer Zeit nicht Gelegenheit hatte, deutsch zu sprechen und bis jetzt genügende Uebung mir fehlt, so darf ich dies Mal wohl vorlesen, was ich zu sagen habe. Die Fehler werden Sie wohl verzeihen.

Genossen! Mit gemischten Gefühlen stehe ich hier vor Euch. Der Auftrag, den ich erhielt, ist meiner Natur zuwider, es ist vielleicht der unangenehmste Auftrag, den ich je zu erfüllen hatte. Gewohnt, ohne Rückhalt meine Hand herzlich in die Hand des Freundes zu legen, oder meinem Feinde die Faust zu zeigen, darf ich jetzt keins von beiden thun. Der Zentralrath Hollands hat mir strenge Neutralität befohlen und jedes selbständige Urtheil untersagt. Da ich immer und überall die Nothwendigkeit der Disziplin behaupte und überall das Beispiel geben werde, will ich auch jetzt pünktlich gehorchen. Die holländische Partei will daher in diesem Augenblick durch mich durchaus keine Meinung aussprechen lassen, weder über die Uneinigkeiten, welche in Euren Reihen entstanden sind, noch über die scharfen Auseinandersetzungen zwischen den am meisten hervorragenden Männern von der deutschen

B

und der holländischen Partei. Diese beiden Parteien, welche doch nur verschiedene Regimenter bilden in der Weltarmee des Proletariats, sollen alles umgehen, was Veranlassung geben könnte, persönliche Streitigkeiten überzubringen auf das gemeinschaftliche Schlachtfeld. Wir hoffen, daß einmal die Zeit kommen wird, daß alle persönliche Fehden aufhören werden, und daß nicht länger gute Kräfte vergeudet werden, wo die großen und gewaltigen Zeiten, worin wir leben, das Opfer all unserer Zeit, die Hingabe all unserer Kräfte erheischen, im Kampfe gegen den gemeinschaftlichen Feind.

Die Parteien aller Länder sollen sich erheben über alle persönlichen Streitigkeiten, sich unter einander verstehen und sich vereinigen, wäre es auch über die Häupter der Führer hinweg, denn höher als alle persönlichen Interessen stehen die Interessen der Partei, höher als alle Individuen steht unsere heilige Sache! Nicht um Personen zu beurtheilen, hat man mich hierher geschickt, das ist doch am Ende Nebensache; aber gerne möchten die holländischen Sozialisten ein wahres Urtheil vernehmen über die Weise, wie hier in diesem Parteitag so viele wichtige Fragen besprochen werden, über den Geist, der die deutschen Kampfgenossen beseelt. Denn Eure Arbeit in diesen Tagen ist nicht allein bedeutend für Deutschland, sondern auch vielleicht ebenso bedeutend für die andern Völker des westlichen Europas. Eure Entschlüsse werden Wiederhall finden durch die ganze Welt.

Die Verhandlungen dieses Parteitages werde ich daher mit Aufmerksamkeit und Interesse verfolgen. Seit Jahren habe ich die deutsche Literatur, diesen Katechismus des Sozialismus, und die Protokolle aller Eurer Kongresse eifrig studirt. Auch fast alles, was die sog. Unabhängigen schrieben, habe ich gelesen, oder werde es noch lesen. Von jeder Seite werde ich Baustoffe sammeln, überall werde ich trachten das Wesen vom Schein zu unterscheiden, und nachher hoffe ich dann, daß es mir gelingen wird, ein auf Thatsachen gegründetes Urtheil zu formuliren. Der Auftrag scheint schwer, aber ich werde ihn, so gut ich es vermag, und ganz frei von Vorurtheil und mit Wahrheitsliebe erfüllen. Klipp und klar werde ich meine Meinung sagen, ebenso wohl im Zentralrath von Holland, wie bei meinen vlämischen Freunden von Gent, welche mich auch ersucht haben, meine Erfahrungen mitzutheilen.

Gewiß schon jetzt habe ich eine Ahnung, wie mein Urtheil sein wird, aber ich darf das jetzt nicht ausdrücken; was ich in diesen Tagen erfahren werde, wird meine jetzige Meinung entweder stärken oder, was ich nicht fürchte, ändern. Wie aber das Resultat sein möge, ich werde es überall und Jedem gegenüber aussprechen, gleichviel, welche Erfolge es für mich haben könnte. Personen habe ich nie gefürchtet, Popularität begehre ich nicht, nur Wahrheit ist

mein Streben. Doch wenn ich nicht irre, wird die Aufgabe weniger schwer sein, als sie scheint.

Ich werde nun noch kurz angeben, von welchem Standpunkte man die Sache betrachten muß. Nicht kleine Fehler, sondern das ganze Auftreten einer Partei soll man beurtheilen. Wenn täglich neue Kämpfe entstehen und manchmal in kurzen Augenblicken entschieden werden muß, was längerer Berathung brauchte, kann man leicht irren. Ob man heute etwas zu gemäßigt, morgen etwas zu ungestüm fortschreitet, ist meistens von den Umständen abhängig und thut wenig zum ganzen Feldzug. Es ist das Benehmen einer Partei im großen Ganzen, es ist der Weg, den sie einschlägt, welche entscheiden, ob sie die Partei der hoffnungslosen Reform oder der kommenden Revolution ist. Wenn man dem Endziel der Besitzergreifung der Arbeitsmittel und Arbeitsstoffe durch die Gesellschaft immer nachstrebt, wenn man also arbeitet an der Zerstörung des Kapitalismus und der Klassen, welche sich darauf stützen, ist man revolutionär; ob dabei Gewalt gebraucht wird oder nicht, thut nichts zur Sache. Das Ziel macht revolutionär, nicht die Mittel, welche der Kampf nöthig macht. Halten wir dieses Ziel immer im Auge, dann sind wir auf dem guten Weg, möchten auch Fehltritte vorkommen. . . . . Ueber Personen sollen die Sozialisten anderer Länder selten oder nie urtheilen, das muß man im Lande selber ausmachen. Aber nirgendwo darf man vergessen, daß nicht ein einzelner Fehler den Charakter verdirbt, daß man bei ehrlichen Kämpfern nicht Splitter zu Balken vergrößern, sondern im Gegentheil ein ganzes Leben von Ausdauer und Opfermuth in die Wagschale legen soll. Nie darf man vergessen, was sie gethan, wie sie gestritten und gelitten haben. Man soll lieber dem Beispiel dieser alten Veteranen in allen Ländern nachfolgen und nicht wegen kleinlicher oder selbst gar keiner Anlässe über sie herfallen. Eine Riesenarmee breitet ihre Reihen aus über die ganze Erde. Nur der Unterschied der Sprache zeigt noch, daß es in der sozialistischen Arbeiterwelt verschiedene Nationen giebt. Alle sind wir, wo unsere Geburtsstätte liegen möge, Soldaten des kämpfenden Proletariats. Die kleineren Länder können nur kleine Regimenter formen, aber auch da wird man seine Pflicht zu erfüllen wissen.

Darum, Kampfgenossen! einträchtig vorwärts in den gewaltigen Krieg der alten mit der neuen Welt! Möchte jedes Land immer treu bleiben dem Bundesvertrag, entsprossen aus dem Herzen des Proletariats! Möchte jeder Kongreß ein Schritt vorwärts sein auf dem Wege, welcher zur Befreiung der arbeitenden Klassen führt! Dann wird leben und wachsen die internationale Sozialdemokratie! Sie lebe! Sie lebe! (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag tritt hierauf in seine eigentlichen Verhandlungen ein.

Erster Punkt der Tagesordnung:

Bericht über die Thätigkeit des Partei-Vorstandes.

Berichterstatter Richard Fischer: Der Umstand, daß Ihnen diesmal unser Geschäftsbericht schon seit längerer Zeit gedruckt zugegangen ist, gestattet mir, mich kurz zu fassen, und meine Darlegungen auf einzelne, in unserem Berichte nicht eingehend behandelte Punkte zu beschränken. Bezüglich der inneren Geschäftsführung des Vorstandes kann ich mittheilen, daß wir wöchentlich regelmäßig zwei Sitzungen gehalten haben, daß aber auch, wie es die Arbeiten, und zwar häufig, mit sich brachten, drei bis vier angesetzt worden sind. Gemeinsame Sitzungen mit den Kontroleuren haben im Laufe des Jahres zwei stattgefunden. Die Frage des Parteiarchivs, die den Vorstand schon seit längerer Zeit beschäftigt hat, ist in dem Berichte nicht erwähnt. Mit der Aufhebung des Ausnahmegesetzes trat an den Partei-Vorstand die Aufgabe heran, das seinerzeit von der Redaktion des „Sozialdemokrat" angelegte und verwaltete Archiv in den Besitz der deutschen Genossen überzuführen. Persönliche und Lokalfragen machten es indeß bis jetzt unmöglich, das Archiv den Genossen allgemein zugänglich zu machen. Die Vorbereitungen sind aber jetzt soweit getroffen, daß in kürzester Zeit auch das Parteiarchiv in Verbindung mit dem Sekretariat nutzbar gemacht werden kann.

Was nun zunächst die Frage der Agitation betrifft, so drückt sich in einer Reihe von Anträgen, die dem Parteitage eingereicht sind, das Gefühl aus, als ob nicht genügend agitirt, vom Vorstande in dieser Richtung nicht mit der nöthigen Aufmerksamkeit und Energie gehandelt worden wäre. Diese Frage und diese Klage ist so alt wie die Partei selber. Wir werden gewiß zu allerletzt bestreiten, daß die bisherige Agitation noch unzulänglich ist. Wir selber fühlen am meisten, daß im Interesse unserer Partei die Agitation viel umfassender betrieben werden müßte An gutem Willen hat es nicht gefehlt. Blicken wir aber darauf, welche Kräfte uns zur Agitation zur Verfügung waren, dann wird man zugeben müssen, daß gethan worden ist, was in unseren Kräften stand. Denn nicht blos die Zahl, auch die Qualifikation der verfügbaren Kräfte muß hierbei in Betracht gezogen werden. Nicht jeder Pareigenosse, der in den Städten, in den Gewerkschaften oder in kleinen Vereinen sehr gut für die Propaganda geeignet ist, ist damit auch zugleich befähigt, in industriearmen Gegenden oder auf dem platten Lande die Grundsätze der Partei zu verkünden und zu vertreten, und die Zahl namentlich derjenigen, die zu größeren Agitationstouren zur Verfügung stehen, ist immerhin eine sehr beschränkte. Es muß auch offen ausgesprochen werden, und die Parteigenossen müssen sich angewöhnen, auch ihre Genossen daheim

B

immer wieder auf den Unfug hinzuweisen, daß immer blos eine ganz bestimmte kleine Zahl von Persönlichkeiten als Redner und Agitatoren vom Partei-Vorstand verlangt werden. Wie jetzt bei der Agitation, lag es früher mit der Kandidatenfrage. Jahrelang haben wir gegen die Vielkandidaturen angekämpft. Als die Partei sich von dem Glauben an die Agitationskraft des einzelnen Namens befreit hatte, ist zu aller Ueberraschung die Zahl unserer Anhänger eminent gewachsen. Ein Antrag Duisburg-Mülheim will die populärsten Redner nach dem Niederrhein haben, Düsseldorf will nur einen Theil der rednerischen Kräfte der Fraktion im Reichstage lassen und die übrigen auf die Agitation schicken. Wer sind denn die populärsten Redner unserer Partei? Es sind Bebel, Liebknecht, Singer, Auer, und vielleicht wird es nächstens noch der Genosse Stadthagen sein, wenn er noch ein Paar Peus- und Fritzsche-Prozesse zu führen gehabt hat. (Heiterkeit.) Was werden nun aber, wenn wir die Reichstagsabgeordneten in die Provinz schicken, die Wähler ihrer Wahlkreise dazu sagen? Die klagen doch immer, sie hätten den Abgeordneten ins Parlament geschickt, damit er durch seine parlamentarische Thätigkeit wieder für den Wahlkreis wirke, und dadurch die indifferenten Wähler des Kreises aufkläre. Weiter: Wir haben 36 Abgeordnete. Sind denn aber alle diese zugleich die geeigneten Agitationskräfte? Man kann ein sehr guter Abgeordneter und auch ein sehr braver Parteigenosse sein, aber damit ist für die Agitationskraft noch garnichts bewiesen. Wir haben gegen 400 Wahlkreise, und in jedem Wahlkreise dürfte es doch 10 Orte geben, in denen überhaupt noch keine Versammlungen stattgefunden. Würde in jedem dieser Orte nur einmal im Jahre von den Abgeordneten Versammlungen abgehalten, so kämen in einem Jahre 4000 Versammlungen, also auf jeden Abgeordneten etwa 150 Versammlungen heraus. Diese eine Zahl beweist schon, daß dies Verlangen an der physischen Unmöglichkeit scheitert. Man denke aber auch daran, daß die Abgeordneten durch ihre Theilnahme an den Reichstag-Verhandlungen in ihren geschäftlichen Angelegenheiten behindert werden und sich nicht wieder sofort auf die Agitation werfen können, nachdem sie wochen- und monatelang im Reichstage gewesen sind. Mit solchen und ähnlichen Anträgen also, wie sie in Dutzenden, ja Hunderten von Briefen an den Vorstand eingegangen sind, ist nichts zu machen. Man kann sie sehr leicht stellen, auch darüber diskutiren, schließlich muß doch die Anschauung siegen, daß mit dem Beschlusse an den thatsächlichen Verhältnissen nichts geändert wird. Die Partei ist groß geworden, die Agitation muß aus der Provinz selbst sich ergeben, sie muß von dort organisirt werden; der Vorstand kann lediglich anregend wirken und andererseits die Geldmittel zur Verfügnng stellen, die dafür in den schwachen Bezirken sich nöthig erweisen; aber ein Ding der

B

Unmöglichkeit ist es, den Partei-Vorstand zu einem Stück oppositioneller Vorsehung zu machen und von ihm die ausschließliche Leitung und Besorgung der Agitation zu verlangen.

Den Wünschen und Anforderungen auf finanzielle Unterstützung der Agitation ist von der Parteileitung fast ausnahmslos entsprochen worden. Wenn ich Ihnen die Summen nenne, die nicht blos für Agitation, sondern auch für Unterstützung im Laufe des Jahres verlangt worden sind, dann werden wahrscheinlich diejenigen Orte, die sich zurückgesetzt fühlen, begreifen, warum anders zu handeln nicht möglich war. Es mußte zurückgewiesen werden an Gesuchen um finanzielle Unterstützung im Dezember Forderungen in Höhe von 18 895 M., im Januar 28 404 M., im Februar 54 344 M., im März 45 388 M., im April 29 720 M., im Mai 20 730 M., im Juni 31 796 M., im Juli 68 350 M., im August und September, wo die Aufstellung lückenhaft ist, 1261 bezw. 3526 M., im Oktober 41 355 M. Hätten wir diesen Anforderungen entsprechen können, so hätte eine Summe von 375 499 M. oder fast das ganze Parteivermögen hingegeben werden müssen. Diese große Summe erklärt sich auch aus den zahlreichen Darlehnsgesuchen, Hypothekengesuchen von 40 000 bis 1500 M. herunter, die zwecks Beschaffung von Lokalen an den Partei-Vorstand gerichtet werden. Der Lokalmangel besteht in ganz Deutschland, am Niederrhein wie in Ostpreußen. Von diesen Hypothekengesuchen hat der Vorstand auch nicht ein einziges bewilligen können; denn schließlich werden die Parteigelder nicht dazu aufgebracht, um in Hypotheken festgelegt zu werden, sondern sie müssen zu jeder Stunde, wenn die politischen und Partei-Verhältnisse es verlangen, flüssig gemacht werden können. Auch reichen so rein äußerliche Mittel nicht hin, der Bewegung das nothwendige Rückgrat zu verleihen. Wo sie kräftig herangewachsen ist, wird jeder Widerstand schließlich besiegt werden, und so traurig es für unsere Genossen ist, daß sie noch vielfach in der Minorität sich befinden, so giebt es doch kein anderes gründliches Mittel der Abhilfe, als unablässige Agitation.

Auf demselben Grunde beruht die Klage über den Mangel an geeigneten Agitationsschriften. In den letzten 25 Jahren ist wohl nicht ein einziger Kongreß oder Parteitag vorübergegangen, ohne den Antrag, daß das Programm durch eine Broschüre erläutert und für die breite Masse verständlich gemacht werde. Auch im vorigen Jahre haben wir diesen Antrag gehabt. Er hat Gestalt gewonnen in der bekannten Broschüre von Kautsky und Schoenlank, und daneben ist von Kautsky noch seine größere, ausgezeichnete Schrift über das Erfurter Programm erschienen. Und was sehen wir heute? Aus Frankfurt a. M. liegt ein Antrag vor, das Programm durch eine solche Broschüre zu erläutern und mit einer geschichtlichen Einleitung zu versehen. Ich begreife sehr

wohl, daß man einen solchen Antrag bringen kann; aber der Parteitag kann doch höchstens die Herstellung der Broschüre beschließen, und dann fragt sich, wer soll sie schreiben? In Frankfurt sind zwei so tüchtige Parteigenossen wie der akademisch gebildete Hoch und der Reichstagsabgeordnete Schmidt. Warum schreiben diese, wenn die Kautsky-Schoenlank'sche Schrift nach ihrer Ansicht dem Bedürfniß nicht entspricht, nicht selbst diese Broschüre? Wir im Vorstand können es nicht, wir können auch den Mann nicht finden, der es kann. Wenn sie es können, so würden sie sich ein großes Verdienst um die Partei erwerben. Das Hauptverlangen ist immer: die Broschüre soll populär geschrieben sein. Der Sozialismus ist aber eine neue Weltanschauung, deren Verständniß eine gewisse politische und wirthschaftliche Einsicht und Kenntniß zur Voraussetzung hat. Man kann den Sozialismus nicht Massen predigen, die von seinen Grundlagen und Voraussetzungen keine Ahnung haben. Was dem rheinischen Industriearbeiter selbstverständlich erscheint, ist für den ostpreußischen Landarbeiter eine ganz neue Welt, der er verständnißlos gegenübersteht.

Im Laufe des Jahres sind an den verschiedensten Orten eine ganze Reihe trefflicher Flugblätter erschienen. Genosse Keßler in Berlin hat einige verfaßt, auch von der Agitationskommission für Brandenburg ist ein ganz ausgezeichnetes Flugblatt herausgegeben; aber auch von diesen Flugblättern wird hie und da geurtheilt, sie genügen nicht, sie seien zu hoch für unsere Bevölkerung, oder auf der anderen Seite wieder, sie seien wohl populär, allgemein wirksam, aber nicht speziell sozialdemokratisch, sie enthielten nicht das, was man verlangen müsse, um die Leute zu Sozialdemokraten zu machen. Sozialdemokraten kann man aber nicht machen, Sozialdemokraten müssen werden! Wir haben ja alle an uns selbst allmählig diesen Entwickelungsgang durchgemacht, der von dem fortdauernden Lerneifer der Genossen bedingt wird.

In dieselbe Rubrik gehören die Klagen über die mangelhafte Landagitation. Wenn wir in den ländlichen Kreisen Eingang gewinnen wollen, bei deren Bewohnern eben auch jene Voraussetzung, nämlich eine gewisse Summe politischer und wirthschaftlicher Einsicht, nicht vorhanden ist, dann können wir sie blos bei ihren täglichen Schmerzen, ihrer täglichen Misère, ihren täglichen Bedürfnissen packen, gerade so wie wir den Industriearbeiter bei dem Gewerkschaftsinteresse packen müssen. Da heißt es die Sprache finden, die der betreffende Landarbeiter auch versteht. Der Landarbeiter in Ostpreußen, der unter halbfeudalen Zuständen lebt, ist ein ganz anderer, als der Industriearbeiter im Kohlenrevier, als der ländliche Arbeiter im deutschen Süden. Bei der Landagitation wird sich derselbe Entwickelungsgang vollziehen, wie bei der Agitation unter den Industriearbeitern. So lange blos gelehrte

Schriftsteller, Theoretiker den Sozialismus vertraten, war er keine Volksbewegung, die wurde er erst, als aus den Arbeitern heraus selber die nöthigen Agitationskräfte erwachsen waren; und so lange aus den Landproletariern nicht die Agitationskräfte selbst herauswachsen, so lange können wir das Landproletariat nicht als geschlossenes Ganze, sondern nur in Bruchtheilen uns einreihen.

Sehr lebhaft interessirt und zum Theil eine gewisse Verwunderung erregt hat das Bild, das unsere Parteipresse nach ihrer finanziellen Seite hin gewährt. Mit Recht wird die Parteipresse der Stolz unserer ganzen Partei genannt. Nun könnte es den Anschein erwecken, als sei sie doch nur eine Treibhauspflanze, die in den Verhältnissen nicht genügend feste Wurzel geschlagen habe. Diese Auffassung scheint mir aber doch nicht die richtige. Gewiß hätten wir alle lieber gesehen, wenn wir aus der Parteipresse diese 66 000 Mk., die an sie zur Unterstützung gezahlt werden mußten, hätten herausziehen und zur allgemeinen Agitation verwenden können. Aber im Grunde ist diese Leistung ja nur eine andere Form der Agitationsunterstützung. Die Presse mit ihrem Stab von Mitarbeitern, Redakteuren und Verwaltungsbeamten ist das lebendige Rückgrat unserer gesammten Agitation. Es ist gewiß interessant, daß aus einzelnen Gegenden, die, wie z. B. der Maingau, früher eine Goldgrube für die Partei waren, jetzt thatsächlich die ganzen Mittel der Partei für die Presse aufgebraucht werden; aber andererseits steht es fest, daß gerade diese Bezirke eine so lebhafte und so weitgreifende Agitation entfalten, daß es sonst eines ganz gewaltigen Zuschusses aus der Parteikasse dazu bedurft hätte. Gern hat der Vorstand diese Unterstützung gewiß nicht gewährt, aber er war stets in einer Zwangslage. An den Partei-Vorstand gelangt man immer erst, wenn es kein anderes Mittel zur Unterstützung der Presse mehr giebt, wenn die lokalen und provinzialen Kräfte aufgebraucht sind, wenn die Gefahr des Eingehens vor der Thür steht. Das Verschwinden dieser Presse würde auch die Lahmlegung der Agitation zur Folge haben. Gewiß sind auf allen Parteitagen Beschlüsse gefaßt worden, welche vor der unbedachten und übereilten Gründung von Blättern warnten, und doch sind überall Gründungen von Blättern, diesem Beschlusse zum Trotz, erfolgt. Das Bedürfniß nach der literarischen Schutzmauer, an die die Agitation sich anlehnen soll, ist eben in der Partei zu stark. Das Eingehen eines Blattes schädigt aber nicht nur auf das Schlimmste die Agitation, es bedeutet auch für eine Reihe von Genossen, die im Vertrauen auf die Parteisolidarität oft ihren letzten Spargroschen in solche Parteiunternehmungen gesteckt, ihren ganzen Kredit zur Verfügung gestellt haben, den bürgerlichen Bankerott, und namentlich unter diesem Gesichtspunkte konnte der Parteivorstand seine Hilfe nicht versagen. Ohne eine lebendige Agitation können wir nicht existiren,

und wenn die Presse zusammenfällt, schwindet nicht blos der öffentliche Ausdruck unserer Meinung, sondern auch das Zutrauen der Masse zu unserer Bewegung. Es ist auch zu beachten, daß unsere Presse fast durchgängig ohne das nöthige Betriebskapital betrieben wird. Bis zu einem gewissen Grade ist diese finanzielle Unterstützung aus allgemeinen Parteimitteln eine industrielle Anlage, die sich in einer gewissen Zukunft ganz gut rentirt, wenn man nur nicht gezwungen ist, auf die augenblickliche Rentirung rechnen zu müssen. Ein treffliches Beispiel hierfür bietet unser elsässisches Parteiorgan. Früher erforderte es einen regelmäßigen Zuschuß; in den letzten Monaten hat der Zuschuß aufgehört, das Blatt ist heute in der Lage, aus eigenen Mitteln zu existiren. (Beifall.) Natürlich ist nun auch von dem Augenblicke an, wo die tägliche Noth schwand, die Zuversicht schon soweit gestiegen, daß man sich dort mit dem Gedanken der Umwandlung in ein Tageblatt trägt. Das ist aber die Klippe, woran häufig unsere Preß-Unternehmungen scheitern. Oft liegen die Verhältnisse so, daß ein drei Mal wöchentlich erscheinendes Blatt sehr wohl gehalten werden kann, ein täglich erscheinendes Blatt aber nicht. Wir können nur den Genossen den Rath geben, sich dort, wo ein Blatt drei Mal wöchentlich erscheint, damit zu begnügen und lieber den Inhalt reichlicher zu gestalten, den Stab der Mitarbeiter zu vergrößern u. dgl., als zu einem täglich erscheinenden Blatte überzugehen. In anderen Fällen wieder treten die Genossen an Blattgründungen mit den überschwänglichsten Hoffnungen heran. In Magdeburg z. B. — und ähnlich war es beim „Volksblatt für Teltow-Beeskow" — glaubte man 16, 18, 20 Tausend Abonnenten zu bekommen. Man baute auf dieser Zahl das Blatt auf. Die Zahl kam nicht, das Blatt hatte Unterbilanz und so trat die Frage der Unterstützung an den Vorstand heran. Man darf auch nicht übersehen, daß in manchen Städten, wie gerade in Magdeburg, die Polizei- und sonstigen Staatsbehörden Verfolgungen über Verfolgungen über unsere Presse ergehen ließen, an denen jedes täglich erscheinende Blatt verbluten muß.—Für eine ganze Anzahl unserer Parteiblätter kommen auch die Schwierigkeiten der Verbreitung in Betracht. Namentlich in den Landbezirken haben wir in einer ganzen Reihe von Orten garnicht die Möglichkeit der Verbreitung, da sich Personen zum Austragen bei dem Terrorismus der Großgrundbesitzer und der Sicherheit ihrer Existenzvernichtung nur selten oder garnicht finden, die Verbreitung also nur erfolgen könnte, wenn wir Genossen finanziell unabhängig ausstatten könnten. In dieser Beziehung herrschen namentlich auch im Saarrevier Zustände, wie sie nicht schlimmer waren unter dem Ausnahmegesetz. Wie damals die Polizei, so gehen jetzt Unternehmer, Fabrikanten, Pfaffen, kurz die Gegner insgesammt gegen den Genossen vor; sie boykotten ihn, sie

ruhen und rasten nicht, bis sie den Mann, der die Verbreitung übernommen hat, ruinirt haben. Auch diese Verhältnisse müssen den Genossen draußen, die sich mit dem Gedanken der Gründung neuer Blätter und der Vergrößerung bestehender tragen, immer wieder vor Augen geführt werden.

Diese allgemeinen Ausführungen glaubte ich dem Bericht zufügen zu sollen. An Ihnen ist es jetzt, die Kritik zu üben, die Sie für angebracht halten. Mögen Irrthümer begangen worden sein, wir haben uns lediglich von dem Gedanken leiten lassen, die Interessen der Partei in jedem einzelnen Falle, sei es der Bewilligung, sei es der Verweigerung, am besten zu wahren.

Im Anschluß hieran erfolgt sofort gemäß Punkt 2 der Tagesordnung der

Bericht der Kontroleure.

Derselbe wird erstattet durch

August Kaden: Wie bereits im Bericht des Partei-Vorstandes gemeldet, wurde von den Kontroleuren sofort nach ihrer Wahl in Erfurt beschlossen, daß dieselben nur bei ganz außerordentlich wichtigen Angelegenheiten in Gemeinschaft zusammentreten sollten. Mir wurde übertragen, die einlaufenden Beschwerden anzunehmen und sie den übrigen Kontroleuren zu unterbreiten. Jeder Kontroleur hat in Folge dieser Vereinbarung Abschrift der eingegangenen Beschwerden zugeschickt erhalten. In die parteigenössischen Kreise hat sich nun der ganz bedeutende Irrthum eingeschlichen, daß man glaubt, anläßlich jeder Streitigkeit oder Unzufriedenheit mit dem oder jenem Genossen eine direkte Beschwerde an die Beschwerde-Kommission richten zu müssen. Diese Beschwerde-Kommission ist nur vorhanden für Beschwerden, welche sich gegen den Vorstand richten, nicht aber für Streitigken zwischen Parteigenossen. In diesem Jahre sind vier Beschwerden eingegangen, darunter eine des Genossen Przytulski in Hamburg gegen Auer. Diese Beschwerde ist von uns garnicht angenommen worden, weil sie keine Vorstands-Angelegenheit betraf. Die weiteren drei Beschwerden haben sich direkt gegen den Parteivorstand gerichtet. Zwei davon haben sich von selbst erledigt, und es ist nicht einmal eine Beschlußfassung nothwendig gewesen, weil die Parteigenossen inzwischen zur Einsicht gekommen waren, daß die Beschwerden nicht begründet waren, während eine Beschwerde von Seiten Kölns nach Lage der vorliegenden Akten abgewiesen wurde, später aber, nachdem die Kölner Genossen weiteres Beweismaterial eingereicht hatten, kurz vor diesem Parteitage von uns dahin entschieden wurde, daß in diesem Falle der Vorstand nicht ganz korrekt gehandelt habe, ein Irrthum in der Sache aber nicht ausgeschlossen war.

Die Kasse ist vierteljährlich revidirt worden, und etwa 14 Tage vor dem Parteitage sind die gesammten Kontroleure in der Wohnung

B

des Kassires zusammengekommen, haben Bücher, Kassenbelege u. s. w. geprüft und Alles in vollster Ordnung gefunden. Auffällig war den Kontroleuren die hohen Summen, welche von Seiten des Vorstandes an die einzelnen Zeitungen bewilligt worden sind. Ich beantrage dem Parteikassirer Decharge zu ertheilen.

Zur besonderen Berichterstattung über den „Vorwärts“ und die Partei-Buchhandlung erhält darauf das Wort

Bebel: Parteigenossen! Unbeschadet der Interpellationen, welche zweifellos auf Grund des Kassenberichtes erfolgen werden, sehe ich mich veranlaßt, hier über die Geschäftsgebahrung des „Vorwärts“ ein ausführliches Referat zu geben, weil die in dem Geschäftsbericht gegebene Rechenschaft eine eingehende nicht ist und nicht sein kann. Die Abrechnung, wie sie hier vorliegt, erfolgt regelmäßig nach Schluß jeden Quartals vom „Vorwärts“ an den Vorstand, worauf ein Mitglied des Vorstandes als Dezernent für den „Vorwärts“ zu prüfen hat, ob die angeführten Ausgaben und Einnahmen einestheils mit den Büchern, andererseits mit den Beschlüssen und Vereinbarungen stimmen, welche der Vorstand Namens der Partei mit dem Inhaber der Druckerei u. s. w. abgeschlossen hat. In der letzten Zeit ist ja über die Höhe der Gehälter der Redakteure und des Beamtenpersonals, sowie über die gesammten Herstellungskosten des „Vorwärts“ in der Oeffentlichkeit gestritten worden. Der „Vorwärts“, welcher seit dem 1. April 1884 als „Berliner Volksblatt“ erschien, hat, das will ich vorweg bemerken, so lange er als Parteiblatt erscheint, regelmäßig tarifmäßige Sätze bezahlt. Ich betone das namentlich auch gegenüber den Verdächtigungen, welche in dem „Sozialist“ enthalten gewesen sind. Was vor dem 1. April 1884 in der Druckerei von Max Bading vorgegangen ist, hat für uns insofern kein Interesse, als die Partei bis dahin keinerlei geschäftliche Beziehungen zu ihr hatte. Auf Grund von persönlich meinerseits vorgenommener Einsicht kann ich aber erklären, daß bereits sechs Monate früher, vom 1. September 1883 an, tarifmäßige Sätze bezahlt wurden, von dem Augenblicke an nämlich, wo innerhalb der Buchdruckerbewegung eine Einigung zu Stande kam, während durch mehrere Jahre zuvor keine tarifmäßige Verständigung bestand. Als im vorigen Jahre die Buchdruckerbewegung auftrat und die Buchdrucker neue Forderungen an die Prinzipale stellten, hat der Vorstand sofort erklärt, Bading sei verpflichtet, diesen Forderungen zu entsprechen und die Mehrkosten, gleichviel wie hoch sie seien, zu bezahlen. Dem entsprechend ist verfahren worden; die Mehrkosten, die nach dem neuen Tarif, den übrigens bekanntlich nur ein ganz kleiner Theil der Druckereien bewilligt hat, erforderlich wurden, betragen jährlich ca. 9000 M.

Ein Organ, wie der „Vorwärts“, kann nun nicht mit den Mitteln arbeiten wie die Provinzialpresse leider in der Mehrzahl

B